

INFOPERU Nr. 41

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

31.12.2015

Inhaltsverzeichnis:

1. Jahresrückblick 2015 (Hildegard Willer)
2. Gedenkstätte für Bürgerkriegsopfer eingeweiht (Heeder Soto)
3. Gegner von Wasserkraftwerk ermordet (Heinz Schulze/H. Willer)
4. Amazonas-Reporter: Palmöl bedroht Perus Klimaschutz (Milton Sánchez)
5. Amazonas-Reporter: Mangelhafte Information über neue Wasserstrasse (Rosa Laura)
6. München-Fair-Trade Kaffee ein voller Erfolg (Heinz Schulze)
7. Freiwilligendienst weltwärts zertifiziert (Welthaus Bielefeld)

1. Jahresrückblick 2015

Anstatt mit dem üblichen Editorial, beendet InfoPeru das Jahr 2015 mit einem Rückblick und einem kurzen Ausblick auf das Jahr 2016

Wirtschaftlicher Rückgang

Wie immer starren die peruanischen Medien gebannt auf die Zahlen des Wirtschaftswachstums: Peru ist damit reichlich verwöhnt worden in den letzten Jahren, bis zu 7 % wuchs die peruanische Wirtschaft in den Boom-Jahren. Im Jahr 2015 musste der peruanische Finanzminister seine Wachstums-Prognosen ständig nach unten korrigieren. Zuletzt lag er bei 2,8%. Das wäre für ein europäisches Land immer noch beachtlich, für ein Schwellenland wie Peru aber zu wenig, um die Entwicklung im selben Tempo wie bisher voranzutreiben. Grund für den Rückgang sind die fallenden Rohstoffpreise aufgrund der fallenden Nachfrage aus China. Dieser Rückgang macht sich in ganz Lateinamerika bemerkbar, in Peru sogar noch weniger als in Brasilien oder Argentinien.

Peru durfte als Anerkennung für seine solide und IWF-konforme Wirtschaftsführung im Oktober sogar die Jahrestagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds in Lima ausrichten.

Während die Preise für Kupfer und Gold sinken, steigen die Agrarexporte weiterhin an: inzwischen sind es nicht mehr nur peruanische Spargel, sondern auch Mango, Avocado, Heidelbeeren und Weintrauben, die die Supermärkte im Winter auf der nördlichen Halbkugel bestücken. Die Erlöse aus dem Agrarexport machen aber die Verluste aus den fallenden Metallpreisen keineswegs wett.

Zu den fallenden Rohstoffpreisen kommt die Erhöhung des Zinssatzes in den USA. Als Folge verteuern sich die Kredite in US-Dollar, der Dollarkurs steigt. Investoren bringen ihr Geld wieder in andere Länder. Unternehmen, die sich in Dollar verschuldet haben, werden im nächsten Jahr erhebliche Probleme bekommen.

Auch wenn man zurecht kritisieren darf, dass vom Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre zu wenig bei den armen Bevölkerungsschichten angekommen ist, so ist doch zu erwarten, dass die Sozialprogramme und der Bildungssektor als erste unter den sinkenden Staatseinnahmen zu leiden haben - und damit auch die arme Bevölkerung.

Umweltkonflikte

Die Auseinandersetzungen um Projekte im Bergbau- und Erdöl/-gas-Bereich gingen auch im Jahr 2015 weiter. Besondere Aufmerksamkeit erreichte das geplante Kupferabbauprojekt Tia Maria in Arequipa. Der Konflikt mit den ebenfalls dort ansässigen Landwirten führte zu monatelangen und gewalttätigen Protesten, bei denen 5 Menschen ums Leben kamen. Die Bergbaufirma Southern Copper setzte schliesslich das Projekt bis heute aus. Eine endgültige Entscheidung darüber, ob das Projekt durchgeführt werden wird, ist noch nicht gefallen - wie auch beim umstrittenen Conga-Projekt in Cajamarca.

Aufgrund der fallenden Rohstoffpreise drängt die Regierung auf die Durchführung neuer Bergbauprojekte, ungeachtet der Proteste der lokalen Bevölkerung, und senkt dafür auch Umweltnormen ab - wie zuletzt Ende Dezember, als die neuen Wassergrenzwerte bekannt gegeben wurden.

Aufarbeitung der Folgen des Bürgerkrieges

Auch trotz deutscher Diplomatie - Bundespräsident Joachim Gauck besuchte im März 2015 Peru - blieb die Aufarbeitung der kriegerischen Auseinandersetzungen im Peru der 80-er und 90-er Jahre weitgehend unbearbeitet. Immerhin konnte das Museum für die Opfer des Bürgerkrieges noch vor Weihnachten eingeweiht werden (s. dazu den Beitrag von Heeder Soto in dieser Nummer).

Einen Sieg haben dagegen die unter Fujimori zwangssterilisierten Frauen errungen. Der Staat wird ein nationale Meldestelle einrichten. Dort registrierte Opfer der Zwangssterilisierungen sollen dann bevorzugte ärztliche und psychologische Hilfestellung erhalten. Der Staat rechnet mit ca. 10 000 geschädigten Frauen, die zwischen 1995 und 2001 ohne ihre Zustimmung von Angestellten des staatlichen Gesundheitsapparates sterilisiert wurden.

Kirche: Opus Dei und Sodalitium auf Rückzug

Es ist kein Geheimnis, dass sich die konservativen Gruppierungen Opus Dei und Sodalitium Vitae Cristianaes in Peru besonderer Macht erfreuen. Aus ihrer Sicht war 2015 wahrlich ein schlechtes Jahr: der Befreiungstheologe Gustavo Gutiérrez - ein Gegner des Opus Dei - wurde mehrmals im Vatikan empfangen, der Opus-Dei-Kardinal von Lima José Luis Cipriani, dagegen verlor Einfluss unter Papst Franziskus. Einen herben Schlag versetzte das Enthüllungsbuch "Mitad monjes, mitad soldados" von Pedro Salinas und Paola Ugaz der Gruppe des Sodalitium Vitae Cristianaes. 30 dokumentierte Fälle von psychologischem und sexuellem Missbrauch an Abhängigen und Minderjährigen sind dort dokumentiert. Der beschuldigte Gründer des Sodalitium Vitae Cristianaes, Luis Fernando Figari, konnte sich bis heute einer gerichtlichen Untersuchung entziehen.

Illegale Geschäfte unterwandern die Wirtschaft und Politik

Drogenhandel, illegaler Goldhandel, Menschenhandel, Erpressung von Schutzgeldern, Ausfuhr von illegal geschlagenem Tropenholz oder sogar Tieren: der illegale Bereich nimmt einen immer grösseren Anteil am ökonomischen Sektor und unterwandert damit auch den Staat (Polizei und Justiz) und die Politik. Oft sind die Grenzen zwischen legal - informell - illegal dabei fliessend, wie das Beispiel des Goldhandels zeigt, wo die Unterscheidung zwischen informellen und illegalen Goldschürfern nur Eingeweihten verständlich ist.

Walter Albán, der Direktor von NGO Proética - dem peruanischen Kapitel von Transparency International - stellt Dramatisches fest: Die illegale Ökonomie hat sich überall im Land festgesetzt. Beispielhaft

nennt er die Bereiche Justiz, Ministerien und die Nationale Polizei. Die Gelder der illegalen Ökonomie stammen u.a. aus den Bereichen Drogen, Geldwäsche, illegale Bergwerkstätigkeiten. Das, so Alban, bringt die

Institutionalität des ganzen Landes in Gefahr. Eine Bekämpfung dieser Gefahr würde nur stattfinden können, wenn die Zivilgesellschaft sich stärker dagegen auflehnt.

Ausblick 2016

Das Jahr 2016 wird von zwei Ereignissen bestimmt werden: die Präsidentschaftswahlen im April bzw. Juni (zweiter Wahlgang). Sowie der voraussichtliche weitere wirtschaftliche Rückgang. Im Zusammenhang mit der sich ausbreitenden illegalen Ökonomie ergibt das ein explosives Gemisch für den zu erwartenden Wahlkampf.

InfoPeru wird Sie auf dem Laufenden halten!

Hildegard Willer

2. Gedenkstätte für Bürgerkriegsopfer von Ex-Militär eröffnet

Zwei Jahre nach der Fertigstellung des Baus, wurde die Gedenkstätte für die Opfer der peruanischen Bürgerkrieges in Lima eingeweiht. Das Museum wurde zu einem grossen Teil mit Geldern der Bundesrepublik Deutschland errichtet. Heeder Soto Quispe berichtet von der

Eröffnungsfeier.

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet ein ehemaliger Militär die Gedenkstätte für Bürgerkriegsopfer in Peru eingeweiht hat . Es ist deswegen ironisch, weil neben den bewaffneten Gruppierungen "Leuchtender Pfad" und "MRTA " auch die Armee in den Jahren des bewaffneten Konfliktes (1980 – 2000) Menschenrechtsverletzungen begangen hatte. Am 17. Dezember eröffnete Ollanta Humala, peruanischer Präsident und ehemaliger Oberst der peruanischen Armee, den „Ort der Erinnerung, der Toleranz und der sozialen Teilhabe, wie die Gedenkstätte (LUM in peruanischen Sigeln) offiziell heisst (1).

In seiner Eröffnungsansprache erzählte Humala, wie er, als Offizier der Armee, einmal einen Lehrer traf, der seine Schüler nach den „Idealen der Guerrilla“ des Leuchtenden Pfades benotete. Er erwähnte auch, dass die "richtigen" legalen Noten vom Bildungsministerium vergeben wurden. Humala erwähnte allerdings nicht, welches Schicksal dieser Lehrer genommen hat. Er fügte nur hinzu, dass der Lehrer diese Benotung angeordnet habe aus Angst vor den Drohungen des Leuchtenden Pfades. Es ist jedoch gut möglich, oder sogar wahrscheinlich, dass dieser Lehrer von

genau jener Armee getötet wurde, der Präsident Humala angehörte. Denn Vorkommnisse, wie die von Humala geschilderten, waren ausreichend, um getötet oder „verschwunden“ zu werden.

Niemals vorher hatte Humala in der Öffentlichkeit von dieser Begebenheit berichtet. Er verpasste eine der besten Gelegenheiten, um die Opfer der peruanischen Armee um Verzeihung zu bitten, und damit diese noch ausstehende Geste der Versöhnung zu tun. Im Gegenteil: Humala erwähnte nur die Verbrechen des Leuchtenden Pfades und der MRTA, aber nicht die Verbrechen der peruanischen Armee.

Das LUM ist nun eröffnet. Es ist wichtig und unerlässlich für Peru. Das Museum widerspricht dem vormaligen Präsidenten Alan García, der die Spende der Bundesrepublik Deutschland zur Errichtung des Museums im Jahr 2009 zuerst zurückgewiesen hatte, weil, so García, „die Erinnerung eines Landes die Summe aller Erinnerungen repräsentieren muss, vielfältig und demokratisch, und nicht nur den Blickwinkel einer Gruppe“. Damit meinte García den Bericht der Wahrheitskommission, dem er eine einseitige Perspektive vorwarf. Deswegen beschränkt sich die Gedenkstätte nicht auf das im Bericht Dargestellte, sondern es bringt neue Geschichten und neue Erzählungen.

Eine armee-freundliche Ausstellung

García und die Militärs befürchteten damals, dass das Museum die Armee in ein negatives Licht stellen würde. Das Gegenteil ist der Fall. Die Verbrechen der Armee werden im neuen LUM ganz sicher nicht übermäßig dargestellt. Oder wie es Juana Carrión, eine der Führerinnen der Opfervereinigung ANFASEP diplomatisch ausdrückt: „Die Ausstellung an sich ist in Ordnung. Aber sie erzählt nichts über die Verbrechen der Militärs“. Deswegen ist es wichtig, dass an der Ausstellung weiter gearbeitet wird. Die Ausstellung scheint noch unfertig, viele Stellen des Museums sind noch leer oder nur halb fertiggestellt.

Bei der Ausstellungseröffnung überwogen die Gäste in Krawatte und Kostüm. Nur 20 Vertreter der Opfer waren geladen. Sie waren keineswegs die Hauptgäste, sondern wirkten als Alibi-Geladene für die soziale Inklusion.

Sie standen abseits der Redner. Vorne standen die wichtigen Personen der peruanischen Gesellschaft, die einflussreichen Städter. (*Die Opfer des peruanischen Bürgerkrieges gehörten den ländlichen, indigenen und ärmsten Bevölkerungsschichten an, d.Red.*)

Als Präsident Humala das Einweihungsband durchschnitt, waren keine Opfervertreter anwesend... nur die Kameras liefen. Die Opfervertreter durften das Geschehen über eine Leinwand im angrenzenden Raum verfolgen.

Eröffnung im Angesicht der kommenden Wahlen

Obwohl das Museum wichtig ist, so zeigt es doch noch nicht die Wirkung, die der Bericht der Wahrheitskommission hatte. Die Einweihung fand fünf Monate vor den Präsidentschaftswahlen statt. Ein anderer ehemaliger Militär, Daniel Urresti, wird für die Partei Ollanta Humalas kandidieren – obwohl er bezichtigt wird, während des Bürgerkrieges den Journalisten Hugo Bustíos umgebracht zu haben. Erstaunlich ist auch, dass die bekannte Menschenrechtsverteidigerin und frühere Bürgermeisterin Limas, Susana Villarán, ihm als Kandidatin für die Vizepräsidentschaft die Stange hält. Die Zeiten ändern sich. Brechen wirklich neue Zeiten an oder handelt es sich hier nur um eine neue Form der Straflosigkeit?

Die meisten Redner sprachen davon, dass das Museum der nationalen Versöhnung dienen müsse. Dieser Begriff soll das Museum prägen. Aber es ist keine gute Strategie, eine Versöhnung zu erzwingen, ohne die Opfer zu würdigen. Der jetzige Präsident könnte eine Versöhnung einleiten,

indem er die Militärs dazu bringt, ihre Opfer zu würdigen. Aber er tut es nicht.... Im Gegensatz, sie überlassen diese Aufgabe anderen. Ein Versöhnungsprozess braucht Zeit, niemand weiss, wieviel. Aber diese Form, Versöhnung zu erzwingen ist nicht die beste....

Heeder Soto Quispe

Heeder Soto ist Dokumentarfilmer und ehemaliger Aktivist in der Opfervereinigung ANFASEP. Er ist Autor des Dokumentarfilmes "Caminantes de la memoria" . Der Film kann in Youtube angeschaut werden <https://www.youtube.com/watch?v=anTmi23S8Jw>

(1)Ollanta Humala erweiterte den Namen des Museums der Erinnerung zu „Museum der Erinnerung, der Toleranz und der sozialen Inklusion (Lugar de la Memoria, de la Tolerancia y de la Inclusión Social LUM) “. So wie sein Vorgänger Alejandro Toledo die Wahrheitskommission um den Namen „nationale Versöhnung“ erweiterte. Beide Regierungen taten wenig, um die nationale Versöhnung voranzubringen.

3. Gegner von Wasserkraftwerk ermordet

Trauriges Neues Jahr für die Menschen in Yagen am Marañon-Fluss:

Mit 5 Schüssen wurde am 28. Dezember Hitler * Ananias Rojas Gonzales in der Nähe der kleinen Siedlung Yagen, in der Provinz Celendín, Region

Cajamarca, erschossen. Rojas Gonzales (34 Jahre) war Präsident der dortigen Rondas Campesinas, Vizepräsident der Bürgerinitiative und Bürgermeister der Siedlung Yagen. Er führte die Proteste gegen die geplanten Wasserkraftwerke im Zufluss des Amazonas, dem Marañon in dieser Gegend an. Er und andere der Bewohnerinitiative kritisierten die zu erwartenden Folgen für Mensch und Natur: Zwangsweise Umsiedlungen und Umweltzerstörung.

Die Koordination der Menschenrechtsgruppen (CNDDHH) fordert die peruanischen Behörden auf, den Mord an Rojas Gonzalez eingehend und schnell zu untersuchen. Sie stellt das Verbrechen in eine Reihe von Morden, denen in diesem Jahr drei weitere Bürgermeister in Apurímac, Ancash und Cusco zum Opfer fielen, ebenso wie der Forstunternehmer Alfredo Vracko in Madre de Dios. Bisher sei niemand für diese Verbrechen zur Verantwortung gezogen worden.

Lokale Medien in Cajamarca berichten derweil, dass sich der Mörder von Hitler Ananías Rojas den Behörden gestellt habe und im Schnellverfahren zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden sei. Er habe Notwehr als Grund für den Mord angeführt.

Hildegard Willer

** Der Vorname Hitler ist für uns Deutsche befremdlich, gerade in ländlichen Gegenden Perus aber gar nicht so selten anzutreffen. Hinter der Namensgebung steckt meist keine politische Sympathie für den Nationalsozialismus, sondern eine Unwissenheit über europäische Geschichte.*

4. Amazonas-Reporter: Palmöl bedroht Perus Klimaschutz

Peru hat sich verpflichtet, die Amazonaswälder zu schützen und den Kohlendioxidausstoß zu reduzieren. Der Aufschwung der Palmölproduktion im Amazonasgebiet schwächt jedoch diese

Verpflichtung. Die Palmölproduktion wurde vom peruanischen Staat im Jahr 2000 zum nationalen Interesse erklärt. Dies hat das Interesse an großen Investitionen gesteigert, wie das Beispiel der Gruppe Romero und ihrer Unternehmen Palmas del Shanusi und Palmas del Oriente in den Amazonasregionen Loreto und San Martín zeigt.

Loreto, mit 32.451 Hektar Perus Region mit den meisten Wäldern (44%), ist vom Palmölanbau in großem Ausmaß betroffen. Der Anbau ist eine der Hauptursachen der Entwaldung. Allein die beiden genannten Unternehmen haben bis September 2015 16.800 Hektar Primärwald abgeholzt. Das ist nach Angaben des Projektes zur Überwachung des andinen Amazonasgebietes (MAAP) mehr als 3000mal das Gebiet der Großen Pyramide von Ägypten.

"Alles Lüge!"

Die Presseabteilung des Unternehmens Palmas de Shanusi erklärt, dass kein Primärwald abgeholzt worden sei, da dieser zu Beginn der Aktivitäten gar nicht mehr existiert habe; es handle sich um Gebiete, in die schon vorher eingegriffen worden sei. Dem widerspricht Eriberto Ruíz, der Vorsitzende der kleinbäuerlichen Dorfgemeinschaften von Cotoyacu, einer der betroffenen Ortschaften von Loreto: "Sie sind mit der Behauptung in das Gebiet eingedrungen, dass dies kein Wald sei, dass das Land schon bearbeitet worden sei. Das ist eine Lüge!"

Laut der Forstwirtin Dhaynée Orbegozo von der Umweltforschungsagentur EIA hat das Abholzen des Primärwaldes durch Palmas del Shanusi die Fruchtbarkeit des Bodens in Cotoyacu geschädigt. Denn der Wald diene als Schattenspender und Wasserspeicher, er garantiere das natürliche ökologische Gleichgewicht.

"Hier zu leben wird immer heißer, wir können jetzt nicht mehr lang auf dem Acker sein. Warum müssen wir verdursten, wo es hier soviel Wasser gibt", klagt Ruíz.

Im vergangenen Juni gab der peruanische Rechnungshof (Controlaría de la República) einen Bericht heraus, der öffentlich machte, dass das Abholzen durch die Ausdehnung der Palmölplantagen in Loreto offenkundig zugenommen hat (zwischen 2006 und 2013 um 115%).

"Der Palmölanbau in Loreto wird gefördert, ohne dass der Prozess der Einteilung von ökologischen und ökonomischen Zonen und der territorialen Neuordnung abgeschlossen wäre und ohne dass Zonen identifiziert und festgelegt worden wären, in denen der Anbau erlaubt ist", heißt es in dem Dokument.

Für die 200 Bewohner*innen Cotoyacus im Tal von Shanusi, 40 km von Yurimaguas entfernt, schränke der Plantagen-Anbau auch den Zugang zum Wasser für die eigene Hygiene und den Anbau für den Eigenbedarf ein.

Das Wasser wird auf eine Fläche von mehr als 7000 Hektar geleitet – 20mal die Fläche des Central Parks in New York. Diese Fläche hat die Regionalregierung von Loreto dem Unternehmen Palmas de Shanusi seit 2006 zugesprochen.

"Ein Kanal von 2000 Metern, der die Täler der Flüsse Yanayacu und Cotoyacu trockengelegt hat, schädigt die ländlichen Gemeinden", beklagt Ruíz. Dagegen erklärt die Presseabteilung von Palmas del Shanusi, das Unternehmen brauche kein Wasser, da für die Bewässerung der Regen genutzt werde.

Was die Beeinträchtigung der Wasserversorgung durch Palmölplantagen angeht, erklärt das zur Gruppe Romero gehörende Unternehmen Gruppe Palmas auf seiner Website: "Die Verfügbarkeit

von Wasser hängt von der Entwaldung ab oder davon, inwieweit der Boden der Sonneneinstrahlung ausgesetzt ist, ohne Schutz durch eine Schatten spendende und Wasser speichernde Vegetationsschicht. Außerdem kommt es auf die Veränderungen in der Topografie an. Die Wasserspeicherung hängt vor allem von diesen beiden Faktoren ab und nicht davon, was angebaut wird.“

Gustavo Suárez de Freitas, Koordinator des Waldschutzprogramms im Umweltministerium, erklärt, dass die Schädigung der natürlichen Flussläufe darauf zurückzuführen sei, dass für den Anbau von Palmen oder jede andere Monokultur in großem Ausmaß Erdmassen bewegt werden. Dies beeinträchtigt den natürlichen Wasserverlauf.

Der Fall Barranquita

Ganz ähnlich ist die Situation mit dem Unternehmen Palma del Oriente (Landwirtschaftliches Unternehmen Caynarachi AG) im Distrikt Barranquita an der Grenze zwischen den Regionen Loreto und San Martín. Der Firma wurde 2005 vom Landwirtschaftsministerium ein Gebiet von 3000 Hektar übergeben. Auch hier wurde laut MAAP Primärwald abgeholzt.

Die Aktivitäten des Unternehmens führten 2010 zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung. Der damalige Bürgermeister von Barranquita, César Soria, forderte die Vergabe des Gebiets an Palmas del Oriente für nichtig zu erklären, da die Feuchtgebiete um den Fluss Caynarachi betroffen seien.

Die Klage berief sich auf die Regionalverordnung Nr. 12 von 2006, die feststellt, dass das Gebiet für großflächige Landwirtschaft nicht geeignet ist. Dennoch wies das Verfassungsgericht die Klage ab, da die Umweltstudie vom Landwirtschaftsministerium bereits anerkannt worden war.

Katherine Riquero von der Umweltabteilung im Landwirtschaftsministerium sagte zu den beiden Fällen Palmas del Shanusi und Palmas del Oriente, dass “wir in Bezug auf die Gruppe Romero keine Sanktionen eingeleitet und keine Anzeige erhalten haben”. Trotzdem verklagte die Staatsanwaltschaft von Yurimaguas 2013 die Firma Palmas del Shanusi wegen Zerstörung natürlicher Ressourcen, weil sie 500 Hektar Primärwald (Regenwald) abgeholzt hatte.

Der Rechnungshof bestätigt, dass “technische und Gesetzeslücken in der Förderung des Palmölbaus für einen Anstieg der Produktion in Loreto gesorgt haben. Die Palmölproduktion ist zu einer der Hauptursachen für die Entwaldung in dieser Region geworden.”

Laut dem Bericht “Entwaldung per Definition” von EIA, plant die Gruppe Romero vier neue Plantagen in Loreto: Tierra Blanca, Santa Catalina, Manití und Santa Cecilia, die im Falle einer Genehmigung weitere 23.000 Hektar Primärwald zerstören würden.

Die Förderung der Palmölproduktion durch den Staat steht im Widerspruch zum Ziel “null Abholzung” bis 2021.

“Peru hat sich 2009 ein Ziel gesetzt und danach handeln wir: Im Jahr 2021 soll es null Abholzung geben. Damit ist eine Nettobilanz gemeint - soviel, wie abgeholzt wird, wird wieder aufgeforstet”, erklärte im vergangenen November Umweltminister Manuel Pulgar Vidal.

Ebenso widerspreche diese Politik dem Abkommen zum Schutz des Amazonasgebietes, das der Staat 2014 beim Klimagipfel in New York für 300 Mio. US\$ mit Norwegen abgeschlossen hat. Die ersten 5 Mio. US\$ hat Peru bereits von Norwegen erhalten.

Laut Sachverständigenrat der UNO zum Klimawandel nimmt jeder Hektar Tropenwald 380 Tonnen Kohlenstoff auf. Wenn durch die beiden Firmen der Gruppe Romero 16.800 Hektar abgeholzt wurden, entspricht dies einem Kohlenstoffausstoß von insgesamt 6.384.000 Tonnen. Wo bleiben da die Verpflichtungen, die Peru mit der internationalen Gemeinschaft eingegangen ist?

Suárez de Freitas gibt an, dass eine der Vereinbarungen mit Norwegen die Umsetzung von Maßnahmen ist, mit denen die Gebiete ohne gesetzliche Einteilung in ökologische Zonen um die Hälfte reduziert werden sollen. Sie machen mehr als 45% der Landesfläche aus.

So könnten Fälle wie die von Cotoyacu oder Barranquita vermieden werden, in denen Land an Privatunternehmen vergeben wurde, obwohl es sich um Primärwälder handelte.

Mit der Umsetzung dieser Maßnahme soll nächstes Jahr begonnen werden. Hierfür wird ein Teil der 5 Mio. US\$, die Peru erhalten hat, verwendet. Der Rest soll in weitere Maßnahmen zum Schutz des Amazonasgebietes investiert werden, wie zum Beispiel die "netto null Abholzung", mit der bis 2021 Klimaneutralität erreicht werden soll: Durch den Schutz des Waldes soll mehr Kohlenstoff gespeichert werden als durch Abholzungen freigesetzt wird. "Heute verlieren wir sehr viel mehr als wir gewinnen", sagt Suárez de Freitas. Cotoyacu und Barranquita sind der Beweis dafür.

Milton López Tarabochia

(Übersetzung: Annette Brox-Meier)

Der Artikel ist im Rahmen des Projektes "Junge Journalisten berichten aus dem Regenwald" entstanden. Das Projekt wurde von Comunicaciones Aliadas und Infostelle Peru e.V. durchgeführt und vom BMZ finanziert.

Alle Reportagen in spanischer Sprache, sowie Fotos und weitere Informationen zum Projekt, findet man auf der Seite <http://fronterasambientales.com/>

5. Amazonas-Reporter: Mangelhafte Information über neue Wasserstrasse

Nach vier Monaten ging am 28. September die Vorabkonsultation der 14 indigenen Völker zu Ende, die von dem Projekt der Amazonas-Wasserstrasse betroffen sind. Die Konsultation stand unter

Federführung des peruanischen Verkehrsministeriums. Dennoch behaupten indigene Führer aus der Einflusszone des Projektes, dass ein grosser Teil der Bevölkerung noch sehr wenig über das Projekt wisse. Sie hoffen, dass eine zweite Konsultation folgen wird.

Die Amazonas-Wasserstrasse ist Teil der Initiative für die verkehrsmässige Erschliessung Südamerikas (IIRSA). Die Amazonas-Wasserstrasse soll 2600 Kilometer der Flüsse Huallaga, Marañón, Ucayali und Amazonas abdecken, indem sie Flüsse das ganze Jahr über schiffbar macht, und damit die Verkehrswege und den Handel ausbaut. Dazu müssen die nicht genügend tiefen Stellen ausgebaggert werden, so dass die Schiffe auch in der Trockenzeit fahren können. Felix Vasi vom Schifffahrtsamt des Verkehrsministeriums in Lima befürwortet das Projekt. Er erklärt, dass es sich bei der Wasserstrasse um eine öffentliche Dienstleistung handle, die den Zugang und die Verbindung unter den Dörfern verbessern wird. „Alle beteiligten Akteure werden davon profitieren“, sagt Vasi.

Das Dorfleben

Kevi Tamani Jaramillo ist ein Familienvater aus dem Dorf Miguel Grau, zwei Bootstunden vom Distrikt Nauta in der Region Loreto entfernt. Wie die meisten seiner Nachbarn lebt er von der Landwirtschaft und vom Fischfang. Oft fährt er in seinem kleinen Holzboot auf den Fluss Marañón, um Fische zu fangen und sie nachher in Nauta zu verkaufen.

Marco Dourojeanni ist Agraringenieur, Gründer der Umwelt-NGO "ProNaturaleza" und ehemals Leiter der Umweltabteilung der Interamerikanischen Entwicklungsbank. Er erklärt, dass durch das Ausbaggern das Wasser trüber wird, die Fische ihre Beute nicht mehr sehen können, deswegen abwandern und die Fischer weniger Fische fangen. Ausserdem würden durch das Ausbaggern die Sedimente am Boden aufgewirbelt und darin enthaltene Giftstoffe könnten die Wasserfauna schädigen. „Dennoch ist die Wasserstrasse die beste Verkehrsoption für das Amazonasgebiet“ sagt der Fachmann.

Heute kommt es bereits zu vielen Unfällen durch die heftigen Wellen, die die grossen Schiffe hinterlassen. In ihnen kippen kleine Boote um. Mit der ausgebaggerten Wasserstrasse werden diese Unfälle noch zunehmen, und die Schifffahrt wird für die kleinen Boote noch gefährlicher.

Die Stimme des Schamanen

In Miguel Grau lebt auch Antonio Tamani Huaratapairo, der Schamane des Dorfes. Er heilt die Menschen, indem er die Wassergeister anruft. Das Volk der Kukama – das zur Familie der Tupi-Guarani gehört und in der Nauta-Gegend zahlreich vertreten ist – glaubt, dass ihre Toten am Grund des Flusses leben, in einer Welt, die derjenigen der Lebenden sehr ähnlich ist. Dort leben sie mit Tieren und den Geistern zusammen. Tamani Huaratapairo befürchtet, dass durch die Ausbaggerung und den Verkehr die Wassergeister vertrieben werden und er nicht mehr heilen kann. Davon wären alle toten Seelen unter Wasser betroffen.

Aus all diesen Gründen hat der Verein der Kokama zur Entwicklung und dem Erhalt von San Pablo de Tipishca (ACODECOSPAT) bereits vor zwei Jahren vor dem Gericht von Loreto eine vorläufige Verfügung gegen die Durchführung des Projektes erwirkt.

Jetzt ist die Konsultation zu Ende, alle Dörfer konnten ihre Meinung abgeben, verschiedene Vereinbarungen wurden getroffen und das Projekt wird seinen Lauf nehmen. Das Verkehrsministerium sagt, dass voraussichtlich im Jahr 2018 mit dem Bau begonnen wird. Aber eine Frage bleibt: Wie stark waren die Dörfer in der Entscheidung über ihre Zukunft wirklich beteiligt ?

Der schlechte Nachgeschmack der Konsultation

Mehrere indigene Vertreter, die am Dialog der Konsultation teilgenommen haben – der Etappe der Konsultation, in der der Staat und die Organisationen der indigenen Bevölkerung miteinander sprechen –, sind gar nicht zufrieden .

„Der Staat hat die Konsultation durchgedrückt. Wir hatten im Vorfeld gebeten, dass sie genügend Zeit einplanen, um gute Entscheidungen zu treffen“, sagt Miller López vom Volk der Shawi und Berater des Verbands der Indigenen Gemeinschaften am Fluss Corrientes (FECONACO). Das, so López, sei nicht beachtet worden, und ausserdem sei ein grosser Teil der Bevölkerung aussen vor geblieben. „Nur eine Minderheit kennt das Projekt. Der Staat stellt nur wenige Mittel zur Verfügung, um die Brüder und Schwestern zusammenzurufen, das ist das Problem“, sagt er.

Das Reglement der Vorabkonsultation sieht vor, dass die Etappe des Dialogs innerhalb einer Frist von 30 Tagen abgehalten werden muss. Vasi sagt, dass diese Etappe länger ging, denn der Dialog

habe am 12. August begonnen und sei am 22. September beendet worden. Aber bereits zu Beginn der Konsultation, baten die indigenen Völker um mehr Informationsveranstaltungen. Deswegen fand der Dialog selber erst vom 18. – 22. September statt, und dauerte gerade mal fünf Tage.

Obwohl die Konsultation beendet ist, sind noch viele Fragen offen. Es gibt wenig Informationen über die Auswirkungen des Projektes. Der Konsultationsprozess hatte als Grundlage das Projektprofil und die Machbarkeitsstudie, die nur sehr allgemein die wichtigsten Linien des Projektes auszeichnen.

Vasi behauptet, dass die Wasserstrasse die Bedingungen vor allem für die grossen Schlepperboote verbessern würde, und damit könnten mehr Waren mit weniger Benzinverbrauch transportiert werden.

Wasserstrasse nutzt Dorfbewohnern nicht

„Das ist nur ein Projekt für die Reichen, denn kein indigenes Dorf hat ein Schlepperboot, nur kleine Ruder- und Motorboote. Für uns indigene Völker überwiegen die Nachteile. Wir haben auch nur eine kleine Anzahl von Waren zum Transportieren“, sagt Lisbet Mori, eine Frau vom Volk der Shipibo aus dem Dorf Curimbari, vom Flusslauf des Callería.

Warum also, bei all diesen Vorbehalten, haben die Dorfgemeinschaften die Vereinbarung mit dem Verkehrsministerium unterzeichnet? Juan Carlos Ruiz ist Anwalt bei der Menschenrechtsorganisation IDL. Er hat die Kukama Gemeinschaften vertreten, als sie darum kämpften, dass überhaupt eine Konsultation abgehalten wird. „Wenn sie dagegen gestimmt hätten, hätten sie sich isoliert. Die Konsultation ist so eingefädelt, dass wenn es zu keiner Einigung kommt, der Staat einfach entscheidet“, meint der Anwalt.

Cleydith Panaifo ist eine Kukama-Frau der Vereinigung für die Entwicklung und den Erhalt von Puinahua (ADECOP). Sie sagt, dass in ihrem Dorf die Leute für die Vereinbarungen mit dem Staat waren, weil der ihnen Nahrungsmittel- und Gesundheitsprogramm versprochen hätte. „Was hätten wir machen können? Die Kinder brauchen das“, erklärt sie. Sie fügt hinzu, dass das Verkehrsministerium eine sektorübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt habe, in der die Fragen der Indigenen Völker, gelöst werden, die nicht in die Kompetenz des Ministeriums fallen. Fragen wie Bau von Wasserleitungen, Verschmutzung der Flüsse und andere. Die Dörfer müssen nun abwarten, ob diese Versprechen gehalten werden.

„Ich bin dafür, eine zweite Konsultation abzuhalten, dann wäre die Bevölkerung besser informiert“, sagt Francisco Hernández. Er ist vom Volk der Tikuna und gehört der Regionalen Organisation der Indigenen Völker des Oriente an (ORPIO). López, Panaifo und Mori finden das auch. Aber der Beamte aus dem Verkehrsministerium, Vasi, sagt, dass eine zweite Konsultation nur in Betracht gezogen würde, wenn die Umweltstudie Schäden aufzeigt, die vorher nicht bekannt waren. Die befragten indigenen Führer geben an, dass sie die unterzeichneten Vereinbarungen mit viel Skepsis sehen und nicht wissen, was sie davon erwarten können.

Juan Carlos Ruiz vom IDL findet auch, dass eine zweite Konsultation durchgeführt werden sollte: eine vor der Inangriffnahme der Umweltstudie, um die Terms of Reference festzulegen, und eine danach, um angesichts der Ergebnisse der Studie zu entscheiden. „Die jetzige Struktur der Projekte ist abartig, denn sie zwingt dich blind zu entscheiden, ohne die Umweltstudie zu kennen“, sagt der Anwalt.

Ruiz sieht dahinter das politische Problem: der Staat muss auf die Forderungen der indigenen Bevölkerung im Amazonas eingehen. Denn die Befürchtungen, die das Projekt weckt, sind verständlich. „Jahrzehntelang hat uns der Staat nicht beachtet, deswegen können wir ihm heute nur mit Misstrauen begegnen“, sagt López

Der Artikel ist im Rahmen des Projektes "Junge Journalisten berichten aus dem Regenwald entstanden". Das Projekt wurde von Comunicaciones Aliadas und Infostelle Peru e.V. durchgeführt und vom BMZ finanziert.

6. München-Fairtrade-Kaffee ein voller Erfolg

Durch den Verkauf fairen Kaffees in München konnten zahlreiche Projekte der Asháninka in Peru unterstützt werden

Im Jahr 2000 wurden auf einigen Münchner Weihnachtsmärkten die ersten Päckchen München Kaffee verkauft. Die Aktion wurde in Zusammenarbeit mit dem Nord Süd Forum München e.V. und

Fairkauf Handelskontor eG. angestoßen. München Kaffee ist erlesener Hochlandkaffee aus fairem Handel und biologischem Anbau von Kleinbauern aus Lateinamerika, bei dem pro Päckchen zusätzlich 5 Cent an das Klimabündnis München-Amazonas gehen. Damals konnte man noch nicht ahnen, dass dieser Verkauf eine so dauerhafte Erfolgsgeschichte werde würde. Jetzt, nach genau 15 Jahren wurden 50 Tonnen München Kaffee verkauft und dadurch konnten 10.000 € an Spendengeldern dem Volk der Asháninka zum Schutz des peruanischen Amazonas Regenwaldes zur Verfügung gestellt werden.

Mit diesen Geldern konnte vieles verwirklicht werden:

- Die indigenen Dorfgemeinschaften konnten Wiederaufforstungsprojekte an den Stellen durchführen, an denen der Regenwald durch Neusiedler zerstört wurde. Es ging um nachhaltigen Anbau von Kakao (naturbelassen, aber nicht Bio-zertifiziert, weil das zu teuer ist), um den Anbau von Bananen, Fruchtbäumen sowie Palmen, deren Palmwedel zum Decken der Dächer sehr gut geeignet sind.
- Es wurden Frauengruppen fortgebildet, die für das Familieneinkommen Schmuck aus Materialien des Regenwaldes herstellen. In diesen Kursen mit einheimischen "Schmuckmeisterinnen" verbesserten sie die Qualität ihrer Produkte enorm. So werden sie heute z.B. in größere Städte, wie dem sog. "Weihnachtsmarkt" in Perus Hauptstadt Lima eingeladen, um ihre Produkte zu verkaufen. Das Geld ermöglicht ihnen, dass die Kinder in die Schule gehen können und die Ernährungssituation wurde verbessert.
- Ein sehr wichtiger Bereich war die Unterstützung von Asháninka-Dörfern, die in ihrem Territorium keinen Privatbesitz haben. Die Parzellen werden hier den Familien nach Bedarf von den Dorfvorstehern "zugeteilt". Die indigenen Territorien können aber nur geschützt werden, wenn ihr Dorf offiziell als juristischer Träger anerkannt wird und ihr Land ganz offiziell (mit satellitengestützten Messformen) im Katasteramt eingetragen wird. Das ist mit sehr viel Aufwand verbunden, aber die einzige Möglichkeit, dass Personen oder Firmen nicht von außen kommen und die Menschen vertreiben, da ihr Land nicht offiziell anerkannt ist. Mit den Spenden wurden so über 28.000 Hektar intakter Regenwald geschützt.
- Ein weiterer Teil der Spenden wurde für Geburtsurkunden für Kinder und die Ausstellung von Personalausweisen für Erwachsene eingesetzt. Viele indigene Kinder hatten bisher keine Geburtsurkunden. Die Eltern haben nicht das Geld dafür in die Provinzhauptstadt zu fahren. Ohne Geburtsurkunde können die Kinder nicht in die Schule, die Eltern können für ihre Kinder keine Unterstützung beantragen und die Erwachsenen können nicht wählen ohne einen Personalausweis.

- Und zuletzt ging es auch um einen Zuschuss bei der Erstellung des ersten Wörterbuches Spanisch-Asháninka, als Beitrag zur Stärkung der Kultur des indigenen Volkes und zum Erhalt der Sprache. Wir möchten uns auch im Namen des Volkes der Asháninka, ganz herzlich bei allen Unterstützern und Verkaufsstellen für ihr Engagement bedanken.

(Pressemeldung von Fairkauf Handelskontor eG und Nord Süd Forum München e.V.)

7. Qualitätssiegel für FW-Programm des Welthaus Bielefeld

Ein neues Instrument zur Verbesserung des Freiwilligendienstes weltweit ist die Qualitätszertifizierung. So hat auch das **Welthaus Bielefeld** einen Zertifizierungsprozess

durchlaufen und erhielt von der Agentur für Qualität in Freiwilligendiensten (QUIFD) das Qualitätssiegel für seine hohe Qualität und erfolgreiche Gestaltung des Freiwilligendienstes im Oktober 2015. Peru ist hierbei ein Schwerpunktland. Verantwortlich für die hohe Qualität und fachliche Betreuung sind hier u.a. Nora Müller, Norma Driever (Vorstandsmitglied in der Informationsstelle Peru e.V.), und Hermann Herf.

Wichtig ist auch, dass es keinen Austausch Nord-Süd nur gibt, sondern auch einen Süd-Nord-Austausch. Derzeit sind 13 Freiwillige aus dem globalen Süden in Bielefeld davon 2 Freiwillige aus Peru.

(aus: welthaus bielefeld info, Dezember 2015)

VERANSTALTUNGEN

- **Ixelles/Belgien**

Donnerstag, 7. Januar 2016, 19 Uhr

El actual conflicto alrededor del Proyecto Minero Tía María (Perú)

Aportes Técnicos que cuestionan la Viabilidad del El Proyecto Minero Tía María en la Provincia de Ilay,
Arequipa

Con Javier Jahncke Benavente y Mattes Tempelmann (Red Muqui)

Lugar: Casa de América Latina – Dirección: Rue du Collège 27 – 1050 Ixelles (Belgien)

Más información: koen.warmenbol@11.be

- **Berlin**

Montag, 11. Januar 2016, 19:00 Uhr

Die andere Seite der Medaille – Folgen des Bergbaus in Peru und Alternativen aus der Zivilgesellschaft

Diskussionsveranstaltung mit Javier Jahncke und Mattes Tempelmann, Geschäftsführer und Mitarbeiter des Red Muqui (Lima)

Ort: Haus für Demokratie und Menschenrechte (Vorderhaus, Veranstaltungsraum 1. OG, bitte klingeln); Greifswalder Str. 4 a, 10405 Berlin (Tram M 4 und Bus 200 bis Am Friedrichshain)

- **Luzern/Schweiz**

Dienstag, 13. Januar 2016, 19.30 Uhr

«Konfliktmotor und Umweltzerstörung in Perú – ist ein anderer Bergbau möglich?»

Erfahrungen und Vorschläge aus der peruanischen Zivilgesellschaft

Mit Javier Jahncke Benavente, Red Muqui Lima und Mattes Tempelmann, Red Muqui/COMUNDO

Ort: Romerohaus , Kreuzbuchstrasse 44, Luzern

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird unterstützt von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor, Caritas international und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

